



Pressemitteilung

So sind Lehrkräfte mehr für den Unterricht da

Lehrkräfte in Niedersachsen sind mit vielen nichtunterrichtlichen Aufgaben belastet. Der Landesrechnungshof identifizierte in den vergangenen Jahren zahlreiche Tätigkeiten, von denen die Lehrkräfte befreit werden könnten. Das nächste Schulhalbjahr steht vor der Tür. Viel passiert ist nicht.

2.170 – so viel mehr Lehrerinnen und Lehrer könnten rechnerisch Unterricht geben, wenn das Land diese nicht auch für außerunterrichtliche Angebote an Ganztagschulen einsetzen würde. Doch neben Deutsch, Mathe und Englisch leiten Lehrkräfte im Ganztag auch Arbeitsgemeinschaften wie die Graffiti-AG oder die Spiele-AG oder werden für die Mensaaufsicht eingeteilt – immer unter Anrechnung auf ihre Unterrichtszeit. Dr. Sandra von Klaeden, Präsidentin des Niedersächsischen Landesrechnungshofs, mahnt: „Zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts sollten Lehrkräfte nicht für reine Betreuungsaufgaben eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels.“

Langfristig werden die außerunterrichtlichen Betreuungsstunden sogar zunehmen. Denn zum einen besteht im Grundschulbereich ab dem Schuljahr 2026/27 ein gesetzlicher Anspruch auf ganztägige Betreuung. Zum anderen forciert das Land den Ausbau der Ganztagschulen. Beides wird zu einem höheren Betreuungsbedarf führen.

Auch andere unterrichtsferne Aufgaben binden Lehrkräfte erheblich. Viele dieser Aufgaben müssten nicht von Lehrkräften wahrgenommen werden. Drei Beispiele aus dem heute veröffentlichten Schulbericht des Landesrechnungshofs:

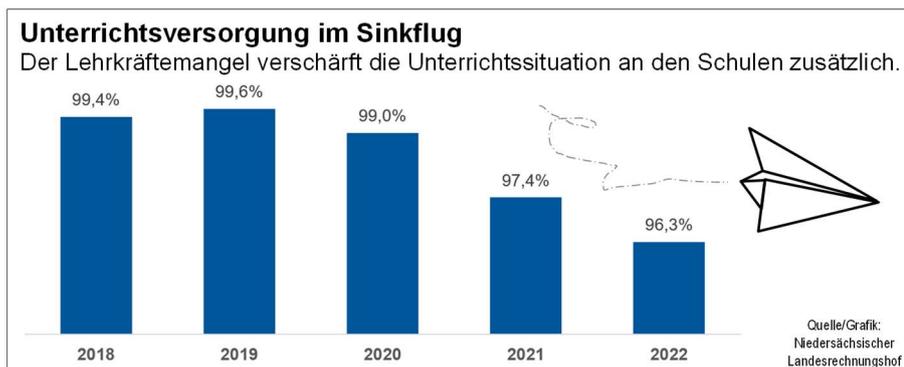
- Hochgerechnet 67,5 Vollzeitstellen gingen allein an den Grundschulen verloren, weil Lehrkräfte sich vermehrt mit der technischen Wartung und Pflege der schulischen IT beschäftigten – obwohl die Pflege von Servern, Datenspeichern und Funknetzwerken nicht dem pädagogischen Ausbildungsinhalt von Lehrerinnen und Lehrern entspricht.
- Weitere 286 Lehrkräfte beschäftigen sich rechnerisch mit der Verwaltung und Bearbeitung der Schulgirokonten, über die z. B. die

entgeltliche Lernmittelausleihe abgerechnet wird oder Zahlungen für Schulfahrten gebucht werden – eine klassische Aufgabe für Verwaltungspersonal.

- Umgerechnet 57 Vollzeiteinheiten kostete die immer noch händische Abrechnung der Reisekosten von Lehrerinnen und Lehrern – obwohl es seit Jahren ausreichend Lizenzen für ein elektronisches Verfahren gibt.

Die zuständige Abteilungsleiterin im Landesrechnungshof, Susanne Haack, betont: „Damit sich die Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr auf ihr Kerngeschäft des Unterrichts konzentrieren können, muss das Land sie von diesen Aufgaben entlasten. Dazu wird zusätzlich Personal benötigt wie pädagogisch Mitarbeitende, IT-Expertinnen und -experten oder Verwaltungsfachleute.“

Der Lehrermangel verschärft die Situation an den Schulen zusätzlich. So sank die Unterrichtsversorgung in den letzten Jahren kontinuierlich und lag im Jahr 2022 mit 96,3 % auf einem Allzeittief. „Bei dieser angespannten Lage sollte jede Möglichkeit genutzt werden, Lehrkräfte von unterrichtsfernen Tätigkeiten zu entlasten.“ so die Präsidentin.



Den Schulbericht und diese Pressemitteilung finden Sie unter www.lrh.niedersachsen.de.

Zum Hintergrund: Niedersächsischer Landesrechnungshof

Der Landesrechnungshof ist weder Teil der Exekutive, der Judikative noch der Legislative. Er ist von Weisungen unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Der Landesrechnungshof ist ausschließlich der externen Finanzkontrolle verpflichtet und hat keinen politischen Auftrag. Im Mittelpunkt steht die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes.